Nr. 2. 82. Jahrgang

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 31307 Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden
und für die Gemeinden: **Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld**
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Striesen, -Neugruna und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post viertelj. 6.— ausschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 6.—, monatlich 2.10; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 5.40, monatlich 1.80.

Blasewitz
Sonnabend, 3. Januar 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum: 70 Pf., im Textteile die Zeile 1.60 Mk., für An- und Verkäufe und dergleichen 65 Pfg., Tabellen- und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Warum wir den Krieg verloren.

Ein hochinteressantes englisches Geständnis.

Auf einem Bankett der Britischen Internationalen Journalisten-Vereinigung führte der Lordkanzler aus:

In seinem kürzlich erschienenen Buche habe Ludendorff die Ansicht ausgedrückt, daß die Leute, deren Aufgabe es war, die Stimmung der Bevölkerung zu erhalten, in England ausnehmend geschickt, bei den Mittelmächten aber äußerst unfähig gewesen seien. Ludendorff sei ein hervorragender Mann, entschlossen und hartnäckig, und je gefährlicher das Wagnis geworden sei, um so mehr habe er sich darauf versteift. Wenn Ludendorff annehme, daß die Stimmung des englischen Volkes mit mehr Geschick aufrecht erhalten worden sei als in Deutschland, und daß dies wesentlich an dem Zusammenbruch der Mittemächte beigetragen habe, so könne man ihm beipflichten, ohne im geringsten den prächtigen Eigenschaften der englischen Truppen zu nahe zu treten.

Bei mindestens drei Gelegenheiten habe Englands Geschick auf des Messers Schneide gestanden, und dabei habe sich der trutzige Charakter des Volkes gezeigt. Keiner habe gefragt, ob es eine Niederlage sei, sondern nur bemerkt, es sei fürchterlich, weil nun der Krieg so viel länger dauern müsse. Wenn in diesen Zeiten die Regierung sich nicht auf die Presse hätte verlassen können, dann hätte sie nicht so auf die Volksstimmung bauen können. Man habe der Presse gesagt, was sie tun solle, wie das Land eine Zeit ungeheurer Gefahr durchmache, daß es wesentlich sei, den Geist der Bevölkerung zu erhalten und daß die Rückschläge in richtigem Verhältnisse dargestellt (!!!) werden müßten, weil die Leute sonst denken könnten, alles sei verloren. Die Berufsangehörigen der Presse könnten auf ihre Leistungen stolz sein.

Das vorstehende Eingeständnis des englischen Lordkanzlers ist ein neuerlicher Beweis für die Richtigkeit der oben wiedergegebenen Auffassung Ludendorffs, die ja auch von vielen anderen Seiten geteilt wird. Das Urteil der Geschichte wird dereinst nicht anders lauten. Die englische Regierung ist sich immer im klaren gewesen, daß für den günstigen Abschluß des Krieges die Aufrechterhaltung einer zuversichtlichen Volksstimmung das Entscheidende ist. In diesem Sinne wurde die englische Presse beeinflußt, was der Lordkanzler offen eingesteht. Die Leute durften nicht erfahren, daß alles verloren sei, obwohl es nicht weniger als dreimal so aussah. Man bedenke, was dieses Eingeständnis, daß dreimal die Lage auf des Messers Schneide gestanden habe, bedeutet. Dreimal war der Sieg Deutschlands ebenso wahrscheinlich wie der Englands, erklärt dieser wissende Mann. Und dreimal wurde das Volk durch die Darstellung der Lage zum Aushalten trotz der Fürchterlichkeit des Kampfes bewegt. Ein anderer Gedanke als der des Sieges durfte nicht aufkommen. Wie anders in Deutschland, wo der Gedanke an den Sieg je länger um so mehr verhöhnt wurde. Und doch war, wie wir jetzt wieder hören, dreimal die Möglichkeit zum Siege vorhanden.

Und noch eins: es wird dem deutschen Volke immer erzählt, das englische Volk sei durch Enthüllung der rückhaltlosen Wahrheit zum Durchhalten angefeuert worden. Wie war es in Wirklichkeit? Wer ließ das deutsche Volk die Wahrheit wissen: die deutsche Regierung und Heeresleitung, indem sie rückhaltlos die feindlichen Heeresberichte mit den teils hohen Gefangenenzahlen, die Blau-, Weiß- und Gelbbücher, sowie die vergiftenden feindlichen Ministerreden zur Veröffentlichung zuließ. In keinem anderen Lande war das der Fall. Wer aber verheimlichte die Wahrheit? Die Mehrheitsparteien, indem sie dem Volke vormachten, der Feind wolle nur die Demokratisierung Deutschlands, er wolle keine Vernichtung, sondern einen Verständigungsfrieden. Alles das traf nicht zu.

Die oben wiedergegebene Erklärung des englischen Lordkanzlers sagt die Wahrheit. Sie verdient auch jetzt noch die größte Beachtung.

Politische Nachrichten.

Eine Neujahrsbotschaft des Reichspräsidenten.

Wie vor der Revolution Kaiser und Fürsten an ihre Völker zu Neujahr Kundgebungen erließen, so es nunmehr auch der Reichspräsident Ebert. Er wandte sich am gestrigen Tage mit nachstehendem Erlaß an das deutsche Volk: Im vergangenen Jahre ist zwar das Chaos abgewehrt, die Einheit des Reiches erhalten und gefestigt worden, indessen mußte unter dem Drucke rücksichtslosen Zwanges ein Friede geschlossen werden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand, die Früchte vergangener und künftiger Arbeit fremder Gnade zu überantworten droht. Das beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation, Staat und Wirtschaft sich zu behaupten hoffen können, oder durch inneren Hader, dem sich äußerer Haß zugesellt, in einem endgültigen Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Kinder begraben müssen. Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Reihen zu schließen und ein jeder an seiner Arbeitsstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das äußerste zu tun.

Der Austauschtermin der Friedensratifikation nochmals verschoben.

W. T.-B. meldet aus Paris vom gestrigen Tage: Wie die Morgenpresse meldet, nahmen an den gestrigen Besprechungen über das Inkrafttreten des Friedensvertrages von französischer Seite General Lerond, von englischer Seite Kennie, von italienischer Seite Pavia teil, von deutscher Seite außer Ministerialdirektor v. Simson, Geheimrat Göwert, Graf Lerchenfeld, Geheimrat Löhrs, Major v. Michels und Major v. Böttticher. Der „Temps" berichtet, die Vertreter Deutschlands beriefen sich auf die Bestimmung des Friedensvertrages, die deutsche Gerichtsbarkeit in den der Volksabstimmung unterworfenen Zonen in Kraft zu belassen bis zu dem Augenblick, wo die Volksabstimmung stattfinde. Der Vertreter Deutschlands erklärte, daß diese Volksabstimmungsgebiete also der deutschen Jurisdiktion unterworfen bleiben müßten. Es würde sich insbesondere daraus ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen Landesverrat vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden könnten. Das aber, meint das Blatt, wäre unvereinbar mit der loyalen Vorbereitung einer Volksabstimmung, und die Verbündeten würden die widerrechtliche Auslegung der deutschen Vertreter nicht zulassen. Aber die deutschen Vertreter behielten sich vor, wo sie es für nötig halten werden, die Ansicht ihrer Regierung, ja sogar die Ansicht der deutschen Nationalversammlung zu hören. „Petit Parisien" sagt, man erwarte die Antwort der deutschen Regierung in betreff der schriftlich fixierten Zugeständnisse der Verbündeten in der Scapa-Flow-Angelegenheit. Generalsekretär Dutasta und Freiherr von Lersner hätten den 5. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge fassen können. Es sei aber heute schon fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des strittigen Gerichtsstandes der Abstimmungsgebiete will General Lerond, daß später Verwicklungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Austausch der Ratifikations-Urkunden nicht vor dem 10. Januar erfolgen dürfte. Saint Brice behauptet im „Journal", Lerond glaubte noch etwa zehn Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Ueberleitung der Verwaltung der Abstimmungsgebiete zu regeln.

Interessant ist auch nachstehendes Telegramm, was mit den jetzt stattfindenden Verhandlungen in engster Verbindung steht:

Königsberg, 2. Januar. Der Reichskommissar für das Memelgebiet Graf Lomsdorff und der Memeler Oberbürgermeister Altenberg erhielten die telegraphische Weisung aus Berlin, sich zur Abfahrt nach Paris zu den bevorstehenden Verhandlungen über Memel bereitzuhalten.

Fürst Karl v. Wedel †.

Der ehemalige Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Karl v. Wedel, ist in einer Stockheimer Klinik, wohin er schwer krank von seiner Besitzung Stora-Sundby überführt worden war, gestorben.

Der Reichsparteitag des Zentrums
wird am Sonntag, den 18. Januar in Berlin eröffnet.

Die Amnestierung der Deserteure.

In dem neuen Gesetzentwurf über die Erweiterung der militärischen Amnestie vom 7. Dezember 1918 ist zum Ausdruck gekommen, daß alle vor dem 12. Dezember 1918 wegen Fahnenflucht, unerlaubter Entfernung oder Ungehorsam erkannten Strafen zu erlassen sind. Die Begnadigung hängt auch nicht von der Meldung des Fahnenflüchtigen innerhalb einer bestimmten Frist ab. Die Bestimmungen beziehen sich auch auf die im Ausland oder in der Gefangenschaft befindlichen Deutschen.

Das Betriebsrätegesetz.

Der Nationalversammlung ist jetzt der Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten über den Gesetzentwurf eines Betriebsrätegesetzes zugegangen. Der Ausschuß beantragt hiernach, die Nationalversammlung wolle beschließen, dem Entwurf des Betriebsrätegesetzes in der Kommissionsfassung „G" die Genehmigung zu erteilen und ferner folgende Entschließungen anzunehmen: 1. Die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend einen Gesetz-Entwurf über den erhöhten Schutz der Bergarbeiter und die Sicherung einer wirksamen Aufsicht unter geordneter Mitwirkung der Arbeiter vorzulegen. 2. Die Reichsregierung zu ersuchen, tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den Arbeitnehmern in Betrieben der Aktiengesellschaften die Beteiligung an dem Unternehmen durch den Erwerb von kleinen Vorzugs-(Arbeiter-)Aktien erleichtert wird. Die Nationalversammlung wird sich nunmehr in ihrer Sitzung vom 13. Januar mit der zweiten Lesung des Betriebsrätegesetzes zu befassen haben. Für die Tagung sind nach den bisherigen Dispositionen 3 bis 4 Wochen in Aussicht genommen.

Streiklustige Eisenbahner.

Frankfurt, 1. Januar. Die hiesigen Vertrauensmänner des deutschen Eisenbahnerverbandes haben in einer starkbesuchten Versammlung dem Berliner Zentralvorstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes ihr Mißtrauen ausgesprochen, da er widerspruchsvolle und unentschiedene Haltung in den Tarifverhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Versammlung erklärte sich namens der Frankfurter Eisenbahner nicht mit der vorläufigen Regelung der Tarifsätze vom 2. Januar einverstanden und gab in einer Entschließung bekannt, daß sie bis zur Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage fortan nur unter strikter Beobachtung der für den Eisenbahnbetrieb gültigen Bestimmungen arbeiten könnten. Die Eisenbahner seien, falls die Regierung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt beharre, fest entschlossen, auch von dem äußersten Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen.

Die Uebergabe Brombergs.

Nach der „Bromberger Ostdeutschen Rundschau" dürfte die Uebergabe Brombergs an das polnische Staatswesen voraussichtlich am 17. oder 18. dieses Monats erfolgen.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag,
der von deutscher Seite zum 31. Dezember 1919 gekündigt worden war, ist wieder auf ein Jahr verlängert worden, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag nicht zu Ende geführt werden konnten.

Italien erkennt die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands.

Rom, 2. Januar. Der heutige Leitartikel der Idea Nazionale weist auf die hohe Bedeutung des Wiedereintritts Deutschlands in das Völkerkonzert hin und feiert Deutschlands ungeheure Volkskraft und Elastizität, welche einen raschen Wiederaufschwung sichert. Das Ereignis sei mit Aufatmen zu begrüßen, weil erst das Wiedererscheinen Deutschlands das wahre europäische Gleichgewicht und den Widerstand gegen eine andere Hegemonie verbürgen. Außerdem wird Deutschland die wirtschaftliche und politische Brücke für die neu entstandenen Staaten des Ostens sein.

Angst vor dem Bolschewismus.

In Holland ist die Kontrolle für die aus Deutschland kommenden Eisenbahnzüge sehr verschärft worden, um das Eindringen bolschewistischer Elemente zu verhindern.

Dementierte Sensationsmeldung.

Am gestrigen Morgen traf aus Wien ein vom 31. Dezember datiertes Telegramm nachstehenden Inhalts ein: Aus Belgrad wird gemeldet: Hier fand eine furchtbare Dynamitexplosion statt, deren Ursache einstweilen unaufgeklärt ist. Der Prinzregent Alexander und 26 Personen wurden getötet und über 50 schwer verwundet. Prinz Alexander war das dritte Kind König Peters, der zweitälteste Sohn, geboren am 4. Dezember 1888 in Cetinje. Er trat an die Stelle seines älteren Bruders, des Prinzen Georg, dessen ungebändigte Lebensweise ihn schließlich selbst auf dem Balkan unmöglich machte. Prinz Alexander war dazu ausersehen, die Herrschaft im neuen südslawischen Reiche zu übernehmen. — Diese Meldung wird dementiert durch nachstehende Telegramme:

Prag, 31. Dezember. (WTB.) Nach einer Meldung des slowakischen Pressebureaus erklärte die Gesandtschaft von Südslawien die von auswärtigen Blättern verbreiteten Gerüchte über die Vorfälle in Belgrad als Erfindung.

Paris, 31. Dezember. (Havas.) Die Agentur Havas erklärt zu dem Gerücht, daß Prinz Alexander bei dem Explosionsunglück in Belgrad den Tod gefunden habe, der Prinz befinde sich gegenwärtig in Paris.

Die schweizerische Presse zum Jahreswechsel.

Bern, 1. Januar. In ihrem Ausblicke auf das verflossene Jahr betont die schweizerische Presse übereinstimmend, daß das Jahr 1919 der hoffenden Menschheit die schwersten Enttäuschungen gebracht habe. — Die „National-Zeitung" schreibt, daß das Versagen Wilsons alle Freunde der Demokratie und der Versöhnung entmutigte und die Gläubigen Lenins stärkte. — Die „Thurgauer Zeitung" nennt den Friedensvertrag von Versailles die größte Enttäuschung, weil die Gerechtigkeit, die wieder auf ihren Thron eingesetzt werden sollte, die Züge persönlicher Rache trage und zum blutigen Moloch geworden sei, die Kinder, Bürger und Gefangene nutzlos peinige. — Das „Journal de Genève" sagt, daß die wirkliche Gerechtigkeit noch nicht ihre Herrschaft angetreten habe. Die Mehrzahl der Blätter betont, die Vorbedingung einer Aenderung der Weltlage sei die Aenderung der Gesinnung derjenigen, die jetzt die Welt beherrschten. — Die „Appenzeller Zeitung" hebt hervor: Die erste Notwendigkeit auf dem Wege zu einer Gesinnungsänderung sei die Milderung der drei Gewaltfrieden, besonders des von Versailles, dieses Friedens der brutalen Gewalt und der Einseitigkeit, der die Welt mit dem gefährlichsten Konfliktstoffe anfüllen würde. — Auch die „Baseler Nachrichten" gehen in ihrer Vorbetrachtung für 1920 von dem Versailler Frieden aus, der so, wie er jetzt angenommen wurde, ein Kompromiß zwischen denjenigen Siegern sei, die Deutschland vernichten, und denjenigen, die es als zahlungsfähiges Glied in der Völkerfamilie erhalten wollten. Dieser Frieden sei also eine undurchführbare Halbheit.

Sächsische Nachrichten.

Mitteilungen aus unserem Leserkreise sind uns stets **willkommen und werden honoriert.**

* Mild und warm schien die Sonne am Neujahrstage, und die frühlingsmäßige Luft lockte große Scharen hinaus in's Freie, während sich der Verkehr innerhalb der Häuserreihen in mäßigen Grenzen bewegte. Erst gegen abend wurden Gaststätten und Tanzlokale, besonders in den Vororten, zahlreich besucht und die Vergnügungslustigen kamen durch die Fülle des Gebotenen voll und ganz auf ihre Kosten. Dem warmen Tage folgte eine kalte Nacht, und der Mond hatte sich einen gewaltigen Hof zugelegt. Die Wetterkundigen deuteten hieraus Nebel und behielten Recht, denn heute morgen gab's reichlich „dicke Luft".

* Januar. Auf ihrem jährlichen Wege durch den Tierkreis hat die Sonne nunmehr im Bilde des Steinbocks bereits ihren südlichsten Standpunkt überschritten; seit der Wintersonnenwende nähert sie sich wieder dem Himmelsäquator und spendet somit täglich größere Mengen Licht und Wärme — die Tage werden wieder länger. Dem bereits vier Wochen früher erfolgten Beginn des neuen Kirchenjahres folgt nun auch das neue bürgerliche Jahr, eingeleitet durch den Monat, der den Namen des römischen Gottes des Anfangs und des Endes trägt, durch den Januar, der, weniger ehrwürdig als seine letzten zehn Brüder, zusammen mit dem Februar der Sage nach durch Numa Pompilius, den zweiten König Roms, dem ursprünglichen Kalender hinzu-